



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-8313 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 62-9100  
Teletex (232) 3221155  
Telex 61 3221155  
Telefax (0222) 73 78 76  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/33-4-89

3807/AB

1989 -07- 21

zu 3929/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der  
Abg. Auer und Genossen vom 9. Juni 1989,  
Nr. 3929/J-NR/1989, "Handfeuerlöscher als  
Standardausrüstung für Kraftfahrzeuge"

Ihre Fragen

"Sehen Sie die Möglichkeit, Handfeuerlöscher als Standard-  
ausrüstung für Kraftfahrzeuge gesetzlich zu verankern?"

"Wenn ja, in welchem Zeitraum?"

darf ich wie folgt beantworten:

Ich stehe grundsätzlich jeder Maßnahme, die eine Verbesserung  
der Verkehrssicherheit bewirkt, positiv gegenüber. So ist  
natürlich auch die Möglichkeit, Handfeuerlöscher als  
Standardausrüstung für Kraftfahrzeuge gesetzlich zu ver-  
ankern, überlegenswert.

Zu bedenken ist allerdings, daß mit dem bloßen Mitführen  
allein noch niemandem gedient ist. Es müßte zugleich auch  
eine richtige Handhabung dieses Gerätes sichergestellt sein.  
Bei unsachgemäßer Bedienung des Handfeuerlöschers kann mehr  
Schaden als Nutzen angerichtet werden.

Aus diesem Grund ist derzeit schon vorgesehen, daß Lenker von  
Gefahrguttransporten auch in der Bedienung von Feuerlösch-  
geräten besonders ausgebildet sein müssen.

- 2 -

Eine solche Ausbildung aller Lenker erscheint mir aber problematisch. Eine Löschausbildung im Rahmen der Fahrschulausbildung ist nicht durchführbar, da diese nicht über geeignete Löschplätze verfügen. Eine Alternative wäre eventuell die Absolvierung eines Feuerlöschkurses analog den Bestimmungen über die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Ort des Verkehrsunfalles.

Zusammenfassend bin ich aus den genannten Gründen eher gegen eine zwingende gesetzliche Vorschrift.

Ich werde aber Aufklärungs- und Werbeaktionen, vor allem auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, unterstützen, um ein Mitführen von Handfeuerlöschern auf freiwilliger Basis anzuregen und eventuelle Benutzer auf die richtige Bedienung des Gerätes hinzuweisen.

Wien, am 18. Juli 1989

Der Bundesminister

